

Anlage zur Tagesordnung für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.09.2014

(aktualisierte Fassung, Stand: 25.09.2014)

Der Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sind keine Vorlagen beigelegt, die in den Fachausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen wurden den Ratsmitgliedern mit den Einladungen zu den betreffenden Fachausschusssitzungen übersandt. Die Beratungsergebnisse zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage zur Tagesordnung.

Zudem sind dieser Unterlage als Anlagen beigelegt:

- die Vorlage Nr. 0423/2014 – Genehmigung von Dienstreisen der Ratsmitglieder zur 21. Mitgliederversammlung des StGB NRW am 20.11.2014 in Düsseldorf – zu der Herr Urbach unter TOP Ö 1 vorschlagen wird, die Tagesordnung der heutigen Sitzung auf Grund äußerster Dringlichkeit um die Beratung dieses Punktes als TOP Ö 7a zu erweitern,
- eine schriftliche Anfrage von Frau Henkel zu den TOPs Ö 9 und Ö 20, die unter diesen Punkten mündlich beantwortet wird,
- eine schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion (Vorlage Nr. 0424/2014) zu den Auswirkungen des Krankenstandes auf das Genehmigungsverfahren bei Gewerbeanmeldungen, die unter TOP Ö 27.1.3 beantwortet wird,
- die Vorlage Nr. 0421/2014 – Abberufung und Bestellung eines Geschäftsführers – die der Einladung zur Sitzung des Rates am 30.09.2014 beigelegt war. Diese Vorlage ist gemäß § 1 i.V.m. § 6 Abs. 1 Ziffer 6 Zuständigkeitsordnung vor einer Entscheidung des Rates durch den Haupt- und Finanzausschuss zu beraten. Herr Bürgermeister Urbach wird daher unter TOP Ö 1 vorschlagen, die Tagesordnung der heutigen Sitzung auf Grund äußerster Dringlichkeit um die Beratung dieses Punktes als TOP N 7a zu erweitern,
- die schriftliche Antwort der Verwaltung (Vorlage Nr. 0415/2014/1) auf die schriftliche Anfrage des Ausschussmitglieds Frau Henkel zur Neutralität bei der Vergabe der Stromkonzession. Die Anfrage selbst wurde zunächst als TOP Ö 27.1.2 (Vorlage Nr. 0415/2014) in die Tagesordnung aufgenommen und in der Vorlage darauf verwiesen, dass die Antwort der Verwaltung nachgereicht werde. Der Inhalt der Antwort der Verwaltung, Vorlage Nr. 0415/2014/1, ist jedoch im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln (TOP N 9, Anfragen der Ausschussmitglieder).

Die schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion zur Haushaltssperre der Landesregierung, TOP Ö 27.1.1, wird unter diesem Tagesordnungspunkt durch Herrn Mumdey mündlich beantwortet.

Ö Öffentlicher Teil

7 Genehmigung von Dienstreisen von Mitgliedern des Integrationsrates

Vorlage: 0278/2014

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 18.09.2014 einstimmig beschlossen, dem Haupt- und Finanzausschuss folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Die Dienstreise des Herrn Iyilik (Vertreter Herr Bartoszewicz) am 25.10.2014 zur Hauptausschusssitzung des Landesintegrationsrates wird genehmigt.
2. Die Dienstreisen der Frau Celik (Vertreter Herr Tollih) und des Herrn Basyigit (Vertreter Herr Ljura) am 13.12.2014 zur Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrates

in Köln werden genehmigt.

17 Plan zur Chancengleichheit von Frauen und Männern 2014-2016 einschließlich Bericht zum Plan zur Chancengleichheit 2011-2013

Vorlage: 0324/2014

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 18.09.2014 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Plan zur Chancengleichheit von Frauen und Männern 2014 – 2016 der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach wird, vorbehaltlich der Zustimmung des Personalrates, beschlossen.

19 Empfehlung des Integrationsrates zu einem Beitritt zur Charta der Vielfalt und zur Erstellung von Konzepten im Sinne eines Diversity-Managements

Vorlage: 0330/2014

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 18.09.2014 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bemühungen im Hinblick auf das Vielfältigkeitsmanagement weiterhin im Rahmen von Überlegungen zur Personal- und Organisationsentwicklung zu berücksichtigen.

25 Wahl von zusätzlichen Mitgliedern mit beratender Stimme in den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport

Vorlage: 0304/2014

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 24.09.2014 in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1.

Gemäß § 85 Absatz 2 Satz 2 SchulG NRW werden auf Vorschlag der Kirchen folgenden Vertreterinnen/Vertreter als Mitglieder des ABKSS mit beratender Stimme bzw. als persönliche Stellvertreterinnen/Stellvertreter berufen:

Katholische Kirche:

Beratendes Mitglied
Herr Ulrich Heimann

Persönliche Stellvertretung
Herr Jörg Schmitter

Evangelische Kirche:

Beratendes Mitglied
Herr Pfarrer Klaus Schneider

Persönliche Stellvertretung
Frau Ricarda Appel

Sodann beschloss der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport einstimmig, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

2.

Alternative 2:

Die Verwaltung wird entsprechend der Empfehlung des Ältestenrates beauftragt, den Stadtverband Kultur und den Stadtsportverband Bergisch Gladbach zu bitten, jeweils eine Vertreterin/einen Vertreter für eine Wahl als Ausschussmitglieder mit beratender Stimme (als sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner gemäß § 58 Absatz 4 GO NRW) in den ABKSS zu benennen. Die Vorschläge werden sodann dem Rat nach Vorberatung im ABKSS zur Wahl vorgelegt.

Sodann beschloss der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden einstimmig bei einer Enthaltung der AfD, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die Beratung von Ziffer 3. des Beschlussvorschlages wird vertagt.

26 Anträge der Fraktionen

26.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 08.09.2014 (eingegangen am 08.09.2014), der Bezirkschülerverschulung eine beratende Stimme im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport zu ermöglichen

Vorlage: 0412/2014

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 24.09.2014 auf Antrag der CDU-Fraktion einstimmig bei drei Enthaltungen von AfD, FDP und DIE LINKE. beschlossen, dem Rat zu empfehlen, die Beratung des Antrages der FDP-Fraktion zu vertagen.

Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0423/2014
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	25.09.2014	Entscheidung

Tagesordnungspunkt Ö 7a

Genehmigung von Dienstreisen zur Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW in Düsseldorf

Beschlussvorschlag:

1. Die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.09.2014 wird um die Beratung und Beschlussfassung über die Vorlage Nr. 0423/2014 erweitert.
2. Die Dienstreisen der vom Rat gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW zur 21. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW am 20.11.2014 in Düsseldorf werden genehmigt.

Sachdarstellung / Begründung:

Gemäß § 12 Absatz 3 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach (GeschO) i.V.m. § 48 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) kann die Tagesordnung in der Sitzung durch Beschluss des Rates erweitert werden, wenn es sich um Angelegenheiten handelt, die keinen Aufschub dulden oder die von äußerster Dringlichkeit sind.

Nach § 28 GeschO finden die für den Rat geltenden Vorschriften auch in den Ausschüssen Anwendung.

Da die Einladung des Städte- und Gemeindebundes NRW zur 21. Mitgliederversammlung des StGB NRW in Düsseldorf erst nach der Versendung der Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.09.2014 bei der Verwaltung eingegangen ist, war eine Aufnahme in die Tagesordnung der Sitzung nicht mehr rechtzeitig möglich. Die Anmeldefrist für die Teilnahme an der Mitgliederversammlung endet am 08.10.2014 und die nächste planmäßige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses findet erst am 11.12.2014 statt.

Gemäß § 6 Absatz 2 Nr. 3 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach (ZuO) entscheidet der Haupt- und Finanzausschuss über die Genehmigung der Dienstreisen von Ratsmitgliedern.

Da die Meldefrist der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an die Verwaltung auf den 29.09.2014 datiert ist, steht noch nicht fest, welche vom Rat entsandten Mitglieder an der Versammlung teilnehmen werden. In Anbetracht der Umstände wird daher empfohlen, die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.09.2014 wegen äußerster Dringlichkeit zu erweitern und die Dienstreise für alle gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach in der Mitgliederversammlung zu genehmigen.



Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen

Der Hauptgeschäftsführer

■ Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

Herrn Bürgermeister
Lutz Urbach
Stadt Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1

51465 Bergisch Gladbach

E-Mail: d.zeyer@stadt-gl.de

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 0211 • 4587-1
Telefax 0211 • 4587-287
E-Mail: info@kommunen-in-nrw.de
Internet: www.kommunen-in-nrw.de
Aktenzeichen: G/1
Ansprechpartner: Ref. Philipp Gilbert
Durchwahl 0211 • 4587-209

**Bitte dieses Anschreiben umgehend an Ihre(n) jeweiligen
Delegierte(n) weiterleiten.**

im September 2014

21. Mitgliederversammlung „Gemeindekongress 2014“ des Städte- und Gemeindebundes NRW am 20. November 2014 in der Stadthalle Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie bereits angekündigt, wird der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen seine

21. Mitgliederversammlung „Gemeindekongress 2014“

am Donnerstag, **20. November 2014**, 12:30 Uhr,
in der Stadthalle Düsseldorf (CCD Süd),
Stockumer Kirchstr. 61
40474 Düsseldorf

abhalten.

Um 10.00 Uhr wird die in der Stadthalle stattfindende Begleitmesse von Präsident Roland Schäfer zusammen mit dem Präsidium im Rahmen eines gemeinsamen Rundgangs eröffnet. Im Anschluss daran finden um 10:30 Uhr die Vorbesprechungen der politischen Gruppen statt.

Den Festvortrag wird die Ministerpräsidentin des Landes NRW, Frau Hannelore Kraft, halten.

Danach wird der Trend- und Zukunftsforscher, Andreas Steinle, vom Zukunftsinstitut Frankfurt/Main, über aktuelle Megatrends und deren Auswirkungen auf die Kommunen referieren.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung findet ab 18.00 Uhr ein Verbandsabend mit prominenten Gästen aus Politik, Wirtschaft und Kultur statt, an dem auch die Delegierten teilnehmen können. Für diesen Verbandsabend entstehen den Delegierten keine Kosten!

Zum Gemeindegkongress 2014, der 21. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW, entsendet Ihre Stadt / Gemeinde gemäß § 8 Abs. 2 der Satzung

13 Delegierte(n).

Bitte lassen Sie uns mit **beiliegender Fax-Rückantwort** bis zum **8. Oktober 2014** wissen, mit welcher Teilnehmerzahl aus Ihrer Stadt / Gemeinde zu rechnen ist. Die offizielle Einladung mit entsprechenden Unterlagen werden Ihnen rechtzeitig vor der Mitgliederversammlung zugehen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Bernd Jürgen Schneider

Anlage

Catherine Henkel - Stadtverordnete DIE LINKE

Konrad-Adenauer Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

Web: www.catherine-henkel.de
Mail: henkel@die-linke.org

An den Bürgermeister
Lutz Urbach
Konrad-Adenauer Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

23. Sep. 2014
DB

Stadt Bergisch Gladbach
Einwurf Nachtbrieffkasten

am: 22. Sep. 2014

Bergisch Gladbach, 22.09.2014

Sehr geehrter Herr Urbach,

ich bitte sie folgende Fragen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.09.2014 in den jeweiligen Tagesordnungspunkten zu beantworten.

Anfragen an den HFA zu Ö9

Der Vorlage ist zu entnehmen, dass trotz eines Bodengutachtens mit neun Probebohrungen nicht festgestellt werden konnte, dass die Entwässerungsfunktion des Unterbaus ungenügend ist. Diesbezüglich habe ich folgende Fragen an den Haupt und Finanzausschuss:

Wieso hat das Gutachten diesen erwähnten Mangel nicht ans Tageslicht gebracht und ist dieses Gutachten juristisch anfechtbar?

Existierten keine Unterlagen über die damalige Sanierung mehr und hätte man anhand dieser Unterlagen den nicht geeigneten Untergrund feststellen können?

Wie oft nutzt das DBG den Sportplatz, vor allem wie oft nutzt das DBG diesen Sportplatz in den Wintermonaten?

Ist es möglich folgenden Abschnitt in den Nutzungsvertrag mit aufzunehmen? „Der gesamte Sportplatz soll außerhalb der Schul- und Vereinsnutzung uneingeschränkt den Bürgerinnen und Bürgern zu Verfügung gestellt werden.“

Anfrage an den HFA zu Ö20

Der Vorlage ist zu entnehmen, dass die Mandatos-App vorerst nur für die Verwaltung sowie die Ratsmitglieder nutzbar sein wird. Diesbezüglich stelle ich folgende Anfrage:

Ist es möglich, die App „Mandatos“ auch innerhalb der Testphase für Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zur Verfügung zu stellen, damit sie sich wie beim Ratsinformationssystem über den öffentlichen Teil der Sitzungen informieren zu können?

Begründung: Erfahrungen zeigen, dass immer mehr Menschen Handy-Apps nutzen um mit der Verwaltung in Kontakt zu treten. Ein Zugang zum Ratsinformationssystem mittels einer Handy-App könnte die Reichweite erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen,


Catherine Henkel

**Absender
FDP-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0424/2014

öffentlich

Anfrage

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
FDP-Fraktion**

**zur Sitzung:
Haupt- und Finanzausschuss am 25.09.2014**

Tagesordnungspunkt Ö 27.1.3

**Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.09.2014 (eingegangen am
18.09.2014) zur Gewerbemeldestelle**

Inhalt:

Mit Schreiben vom 16.09.2014 (eingegangen am 18.09.2014) bittet die FDP-Fraktion um Beantwortung von Anfragen zu den Auswirkungen des erhöhten Krankenstandes in der Stadtverwaltung auf die Genehmigungsverfahren für Gewerbebeanmeldungen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.09.2014.

Das Schreiben der FDP-Fraktion ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

In der Ordnungsbehörde ist seit einigen Wochen ein erhöhter Krankenstand zu verzeichnen, der auch die Gewerbemeldestelle betrifft. Zudem haben zwei Kollegen die Ordnungsbehörde verlassen (Umsetzung innerhalb der Verwaltung sowie Aufstiegslehrgang). Aus diesen Gründen müssen die Öffnungszeiten der Ordnungsbehörde vorübergehend eingeschränkt werden (montags, dienstags, donnerstags, freitags von 08.30 Uhr bis 12.30 Uhr sowie donnerstags von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr, mittwochs geschlossen).

Die Gewerbemeldestelle musste aufgrund der Erkrankung der Stelleninhaberin im September für kurze Zeit geschlossen werden, aufgrund des engagierten Einsatzes zweier junger Kolleginnen können jedoch Gewerbeanmeldungen, -abmeldungen und -ummeldungen wieder zügig bearbeitet werden.

Durch den erhöhten Krankenstand ist derzeit auch der Bereich Straßenverkehr (verkehrsrechtliche Anordnungen) innerhalb der Ordnungsbehörde betroffen.

Die Informationen über die krankheitsbedingten Ausfallzeiten der Beschäftigten der Stadtverwaltung insgesamt werden derzeit zusammengestellt und für eine Information an die Fraktionen aufbereitet.

FDP-Ratsfraktion Bergisch Gladbach

Rathaus Konrad-Adenauer-Platz, 51465 Bergisch Gladbach



Herrn
Bürgermeister Lutz Urbach
Rathaus, Konrad-Adenauer-Platz

51465 Bergisch Gladbach

Stadt Bergisch Gladbach

18. Sep. 2014

1-MTH

A-14

20.09.14 10:55

Kopie verab. an Herrn Rude
erd. Jha

16.09.2014

Anfrage für den Haupt- und Finanz-Ausschuss

Sehr geehrter Herr Urbach,

die FDP-Fraktion fragt an, inwieweit durch den erhöhten Krankenstand in der Stadtverwaltung letztendlich die Genehmigungsverfahren für Gewerbeanmeldungen beeinträchtigt und verzögert werden und wie weit weitere Aufgaben der Stadtverwaltung davon tangiert werden.

Begründung:

Lauf Pressestelle der Stadt ist die Gewerbemeldestelle besonders von Stellenumbesetzungen betroffen, die ihrerseits wiederum auf erhöhte Krankenstände zurück zu führen sind.

Dies führte dazu, dass die Ordnungsbehörde der Stadt ihre Öffnungszeiten kürzte und Gewerbeanzeigen nicht bearbeitet werden können, wie die Pressestelle unlängst mitteilte. Angesichts der ohnehin rückläufigen Gewerbesteuererinnahmen sieht die FDP-Fraktion dies mit Besorgnis: Sie befürchtet, dass der personelle Engpass nicht nur zulasten der Kontaktmöglichkeiten für die Antragsteller geht, sondern dass auch die nachgelagerten Prozesse beeinträchtigt werden und dies somit der nötigen optimierten Betreuung der Gewerbetreibenden zuwider läuft.

Die Anfrage der FDP-Fraktion zielt auf eine transparente Darstellung der durchschnittlichen Krankenstände, um beurteilen zu können, inwieweit diese für eingeschränkte Serviceleistungen in einzelnen Fachbereichen ursächlich sein können.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Krell
Fraktionsvorsitzender